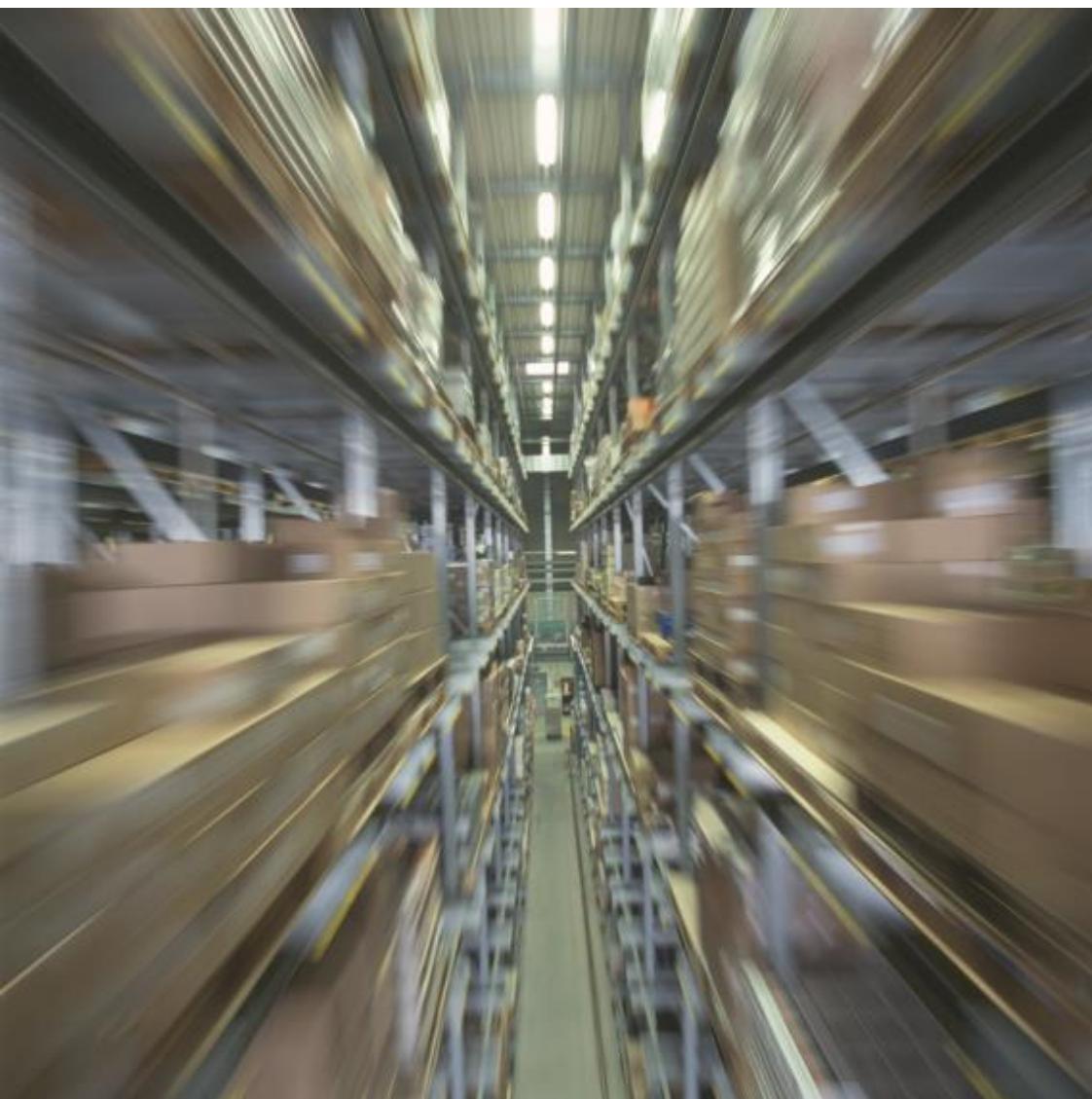


trends & analysen großhandel

Januar 2025



editorial

Die erhoffte wirtschaftliche Erholung in 2024 ist ausgeblieben. Deutschland schließt das zweite Jahr mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung ab und startet mit einem verhaltenen Ausblick in das Jahr 2025. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes lag die Wirtschaftsleistung 2024 nur noch 0,3 Prozent höher als vor der Corona-Pandemie im Jahr 2019. Konjunkturelle und strukturelle Herausforderungen belasten die Wirtschaft.

Export und wichtige Sektoren in der Industrie schwächeln. Die Bauwirtschaft leidet unter hohen Baupreisen und Zinsen. Und im Konsumsektor zeigen sich angesichts der Verunsicherung bei den Verbrauchern Anzeichen zunehmender Konsumzurückhaltung. Lediglich der Staatskonsum trägt dazu bei, dass der Rückgang des Bruttoinlandsproduktes mit -0,2 Prozent in 2024 nicht höher ausgefallen ist. Zudem drücken Bürokratie, hohe Kosten für Energie, Mobilität, Personal sowie Steuern und Abgaben auf Investitionen und Beschäftigung.

Die schwierige Wirtschaftslage spiegelt sich im Großhandel und belastet die Stimmung. Nach der BGA-Konjunkturumfrage zum Jahreswechsel 2024/2025 verharrt die Stimmung im Großhandel nahezu unverändert auf niedrigem Niveau. Die Seitwärtsbewegung des BGA-Großhandelsklimaindikators deutet jedoch auf eine Bodenbildung. Während die Erwartungen erst

einmal pessimistisch bleiben, hat sich die Lagebewertung auf niedrigem Niveau etwas stabilisiert. Die Unternehmen passen sich an die vielfältigen Herausforderungen an. Vor diesem Hintergrund geht der BGA für 2025 von einer weiterhin verhaltenen Entwicklung im Großhandel aus. Nach einem weiteren Jahr rückläufiger Umsätze in 2024 geht der BGA für 2025 für die Umsatzentwicklung im Großhandel wie auch für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung von einer Stagnation aus.

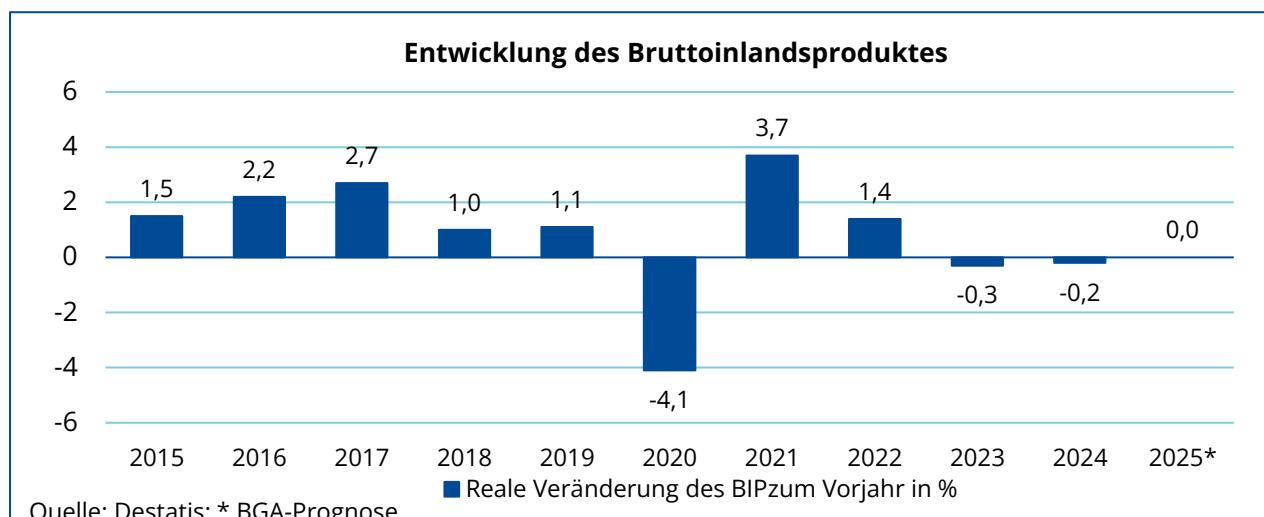
Eine positivere Entwicklung wäre aus Sicht des BGA möglich, wenn die Politik nach der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 einen deutlichen Kurswechsel einleitet. Voraussetzung für mehr Dynamik ist nach der BGA-Konjunkturumfrage, dass die Politik künftig die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch bessere Rahmenbedingungen in den Mittelpunkt ihres Handels stellt. Die Großhändler erwarten von einer künftigen Regierung mehr Freiraum für Unternehmertum, weniger Bürokratie sowie niedrigere Belastungen bei Kosten, Steuern und Abgaben.

Die weitere Entwicklung bleibt dennoch angesichts hoher globaler Unsicherheiten aus dem Ukraine-Krieg, der künftigen Politik Chinas und des ungewissen Kurses der USA sowie struktureller Herausforderungen aus Dekarbonisierung, Digitalisierung und Demografie volatil.

wirtschaftliche entwicklung in deutschland

Die Wachstumsaussichten für die deutsche Wirtschaft sind trübe. In den vergangenen Jahren ist die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland stark von Krisen geprägt. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag im Jahr 2024 um 0,2 Prozent niedriger als im Vorjahr. Damit befand sich Deutschland im zweiten Jahr in der Rezession. Grund dafür sind nach Angaben des

Statistischen Bundesamtes (Destatis) konjunkturelle und strukturelle Belastungen wie die Konkurrenz für die deutsche Exportwirtschaft auf wichtigen Absatzmärkten, hohe Energiekosten, ein nach wie vor erhöhtes Zinsniveau und auch unsichere wirtschaftliche Aussichten.



Die Bruttowertschöpfung sank 2024 um 0,4 Prozent, wobei erhebliche Unterschiede zwischen den Sektoren bestanden. Das Verarbeitende Gewerbe verzeichnete mit -3,0 Prozent einen deutlichen Rückgang, insbesondere im Maschinenbau und der Automobilindustrie. Energieintensive Branchen wie Chemie und Metall blieben auf einem niedrigen Produktionsniveau. Im Baugewerbe war der Rückgang mit -3,8 Prozent noch stärker, vor allem durch hohe Baupreise und Zinsen, die den Wohnungsbau erheblich belasteten.

Die Bruttoanlageinvestitionen fielen insgesamt um 2,8 Prozent, mit deutlichen Einbußen im Wohnungsbau (-3,5 Prozent) und bei Investitionen in Maschinen und Fahrzeuge (-5,5 Prozent). Der Außenhandel blieb schwach: Die Exporte sanken um 0,8 Prozent, betroffen waren insbesondere Maschinen und Fahrzeuge. Die Importe stiegen dagegen leicht um 0,2 Prozent, getrieben durch den Dienstleistungssektor. Die privaten Konsumausgaben stiegen leicht um 0,3 Prozent, was durch Lohnerhöhungen und

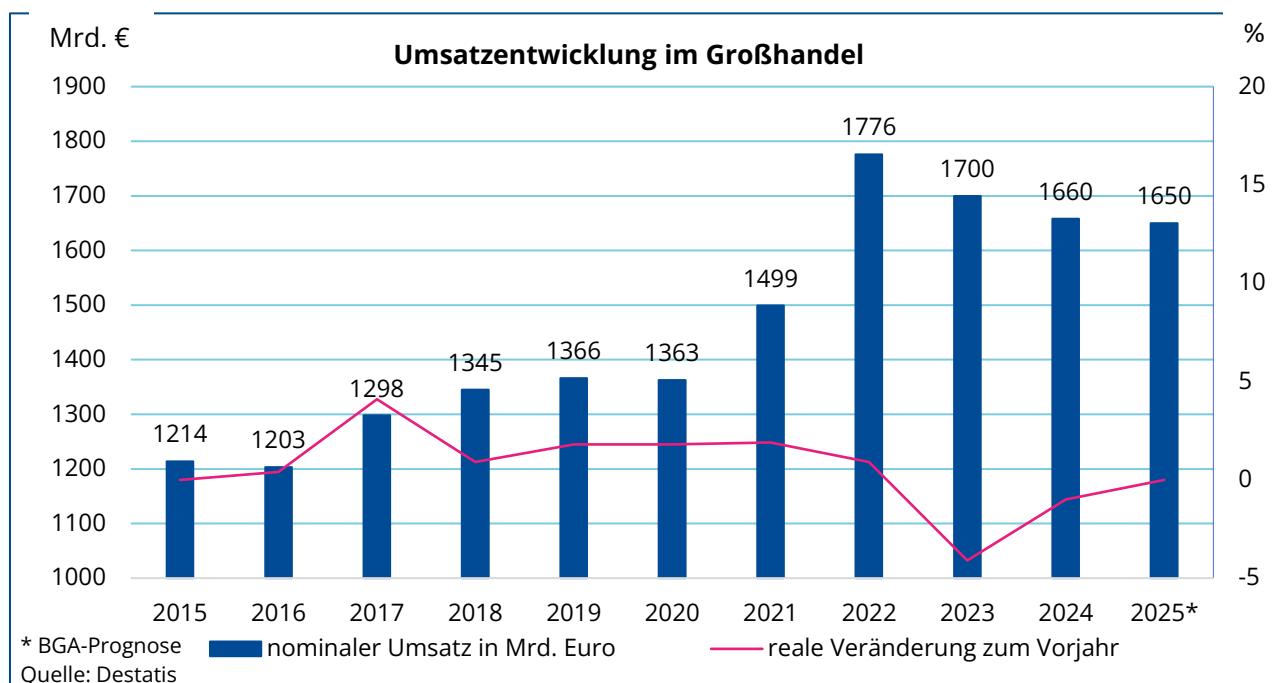
eine nachlassende Teuerung unterstützt wurde, jedoch keinen starken Wirtschaftsimpuls bewirkte. Lediglich vom Konsum des Staates kam dagegen mit +2,6 Prozent ein Impuls, der dazu beitrug, dass das Wachstum nicht noch schwächer ausfiel.

Nach Einschätzung des BGA startet die Wirtschaft somit schwach in das neue Jahr 2025, und vor allem zeigen die sektoralen Entwicklungen deutlich, dass das Wirtschaftsmodell Deutschland nicht rund läuft. Der BGA hält vor dem Hintergrund eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland durch bessere und attraktivere Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen am Standort Deutschland für zwingend geboten. Aufgrund der geopolitischen Herausforderungen und der schwächeren Wirtschaft geht der BGA für die erste Jahreshälfte 2025 von einer weiterhin verhaltenen Entwicklung aus und erwartet für das Jahr 2025 allenfalls eine Stagnation.

entwicklung des großhandels

Die Umsätze im Großhandel entwickeln sich aufgrund der schwierigen Wirtschaftslage etwas schwächer als ohnehin vom BGA erwartet. So liegen die Umsätze in der Summe 2024 nominal um -2,4 Prozent unter dem Vorjahr. Und auch real wurde erneut mit -1 Prozent weniger an Gütern und Dienstleistungen verkauft als im Vorjahr. Während der Corona-Pandemie begannen die Umsätze, bedingt durch Engpässe und die Wertschöpfungskette durchlaufende Preisanstiege, nominal zu steigen. Die realen Umsätze folgten dieser Entwicklung jedoch nicht, sondern begannen in die gegenläufige Richtung zu tendieren. Seit April 2022 lässt der Preisdruck auf die Großhandelspreise nach, weshalb

auch der Umsatzanstieg der nominalen Entwicklung wieder nachlässt. Seit April 2023 befinden sich die Großhandelspreise sogar unterhalb des Vorjahresniveaus. Entsprechend nimmt die nominale Umsatzentwicklung ab. Die reale Entwicklung zeigt zudem, dass seit September 2022 weniger an Gütern und Dienstleistungen verkauft wurden. Für die Entwicklung der Umsätze im Großhandel im Jahr 2025 prognostiziert der BGA angesichts der ausbleibenden Konjunkturbelebung und unzureichender wirtschaftlicher Impulse einen nominalen Rückgang um $-\frac{1}{2}$ Prozent und real eine Veränderung um $+/- 0$ Prozent. Faktisch bedeutet dies Stagnation im Großhandel.



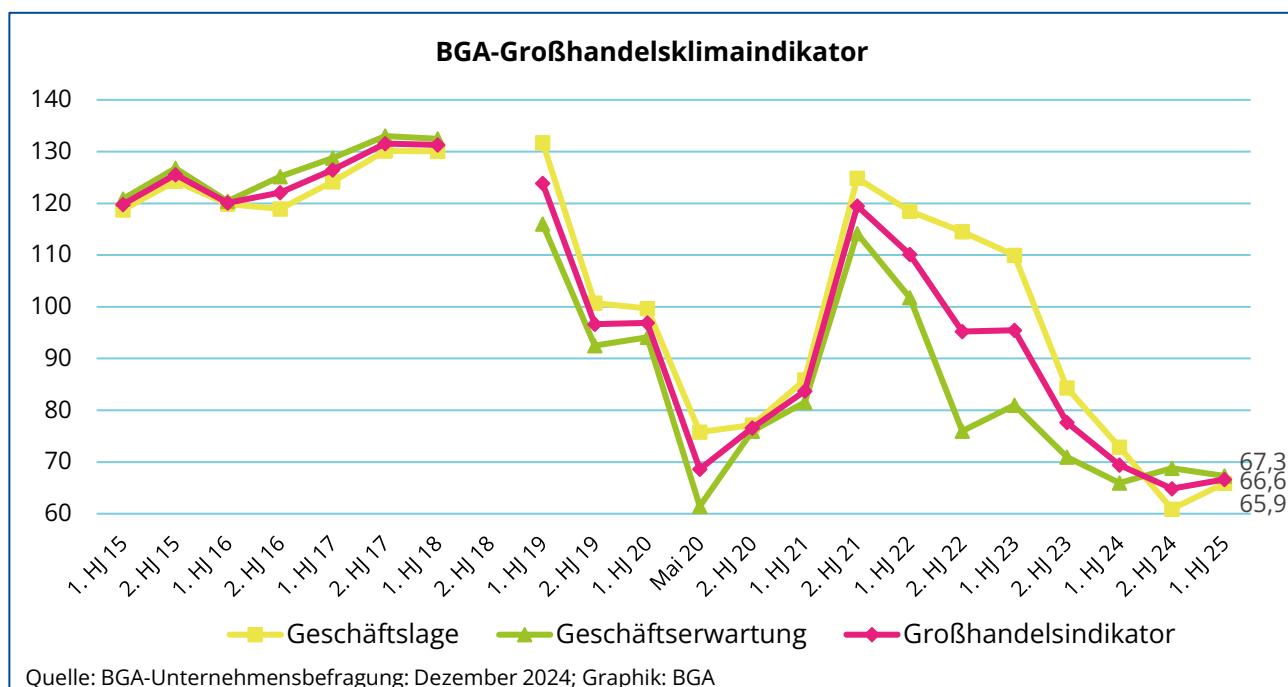
Im Jahr 2024 nahmen die nominalen Umsätze weiter ab. Insgesamt wurden Güter und Dienstleistungen im Wert von 1.660 Milliarden Euro verkauft. Real lag der Rückgang bei -1 Prozent und fiel damit weniger stark aus als im Vorjahr – 2023 wurde real 4,1 Prozent weniger Umsatz erzielt. Ausschlaggebend für diese Entwicklung sind die außenpolitischen Herausforderungen die zu erhöhten Kosten, vor allem für Energie,

führten. Zudem belasten Bürokratie, weiterhin teure Energie und hohe Zinsen die Entwicklung. Wirksame politische Impulse sind dagegen bisher ausgeblieben, um die wirtschaftliche Dynamik zu stärken. Daher geht der BGA von einer schwachen Entwicklung für 2025 aus. Konkret prognostiziert der BGA einen absoluten Umsatz von 1.650 Milliarden.

bga-großhandelsklimaindikator

Die im Jahresverlauf 2024 erwartete konjunkturelle Erholung zeichnet sich nach der Stimmungslage im Großhandel nicht ab. Die Konjunktur befindet sich in einer Seitwärtsentwicklung. Die globalen Herausforderungen belasten den Außenhandel, in vielen Sektoren kämpfen die Unternehmen mit der ökologischen Transformation, der Wohnungsbau leidet unter hohen Zinsen, Baukosten und rechtlichen Regulierungen. Im Konsumsektor zeigen sich Zurückhaltung und sich ändernde

Konsumentenpräferenzen. Die vielfältigen Initiativen der Bundesregierung haben bislang keine dynamisierenden Impulse ausgelöst. Investitionsanreize sind unzureichend, der Bürokratieabbau kommt nicht voran, stattdessen sehen sich die Unternehmen mit steigenden Kosten und erhöhten Anforderungen an Informations- und Nachweispflichten konfrontiert, die ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen und auch auf dem heimischen Markt unter Druck bringen.



Eine schwache Wirtschaftskonjunktur und ausbleibende wirtschaftspolitische Impulse drücken massiv auf die Stimmung im Großhandel. Die Stimmung ist nach der Regierungsübernahme 2021 durch die Ampel-Koalition in einen Sturzflug übergegangen und hat im Sommer 2024 einen historischen Tiefstand erreicht. Zum Jahreswechsel 2024/25 zeigte der BGA-Großhandelsklimaindikator eine Seitwärtsentwicklung auf niedrigem Niveau.

Nach der Unternehmensbefragung des BGA zur wirtschaftlichen Lage und den weiteren Perspektiven im Großhandel vom Dezember 2024 steigt der BGA-Großhandelsklimaindikator geringfügig um 1,7 Punkte auf einen Wert von 66,6 Punkten. Dabei bringen Werte über 100

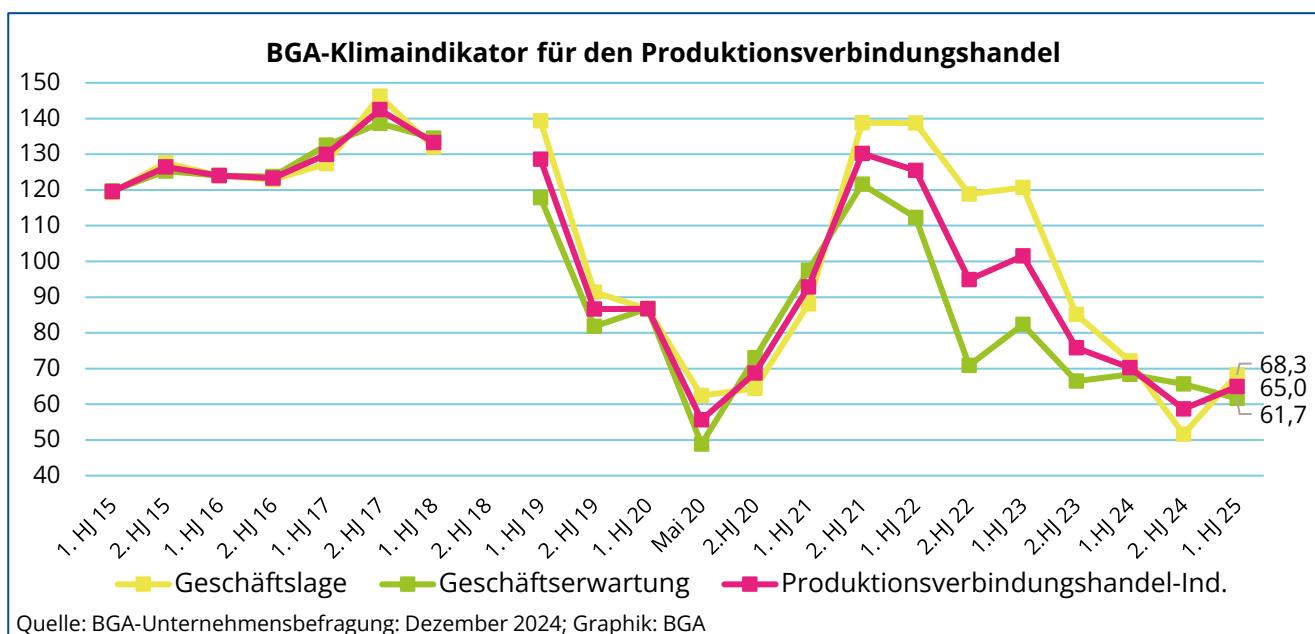
eine positive, Werte unter 100 eine negative Bewertung zum Ausdruck.

Ursächlich für diese insgesamt negative Bewertung der Großhändler ist vor allem die weiterhin negative Einschätzung der aktuellen Lage, die allerdings um 5 Punkte auf 65,9 Punkte zugelegt hat. Die Geschäftserwartungen hingegen sind wieder gefallen und liegen jetzt mit 67,3 Punkten 1,5 Punkte niedriger als im Sommer 2024. Der BGA erwartet daher weiterhin keine schnelle Erholung, allenfalls kann aus der Entwicklung der BGA-Großhandelsklimaindikatoren eine Bodenbildung der Entwicklung im Großhandel abgeleitet werden.

produktionsverbindungshandel

Die Stimmung im Produktionsverbindungshandel hat sich basierend auf der BGA-Konjunkturumfrage zum Jahreswechsel 2024/25 auf niedrigem Niveau stabilisiert. Seit dem deutlichen Einbruch im Sommer 2023 hat sich die Situation kaum verändert. Zwar wird die aktuelle Geschäftslage besser bewertet als noch vor einem

halben Jahr, aber zugleich werden die Erwartungen an die weitere Entwicklung wieder etwas pessimistischer bewertet. Diese Seitwärtsbewegung des BGA-Klimaindikators für den Produktionsverbindungshandel lässt weiterhin kaum auf eine schnelle und durchgreifende Erholung schließen.



Erstmals seit dem starken Einbruch im Sommer 2023 verzeichnetet der BGA-Klimaindikator im Produktionsverbindungshandel einen leichten Zugewinn, liegt aber mit 65 Punkten noch deutlich im pessimistischen Bereich. Die Unternehmen kämpfen mit einer schwächeren Weltwirtschaft und einer geringen Nachfrage insbesondere aus dem Ausland sowie mit steigenden Kosten.

Die Geschäftserwartungen haben um 4 Punkte nachgegeben und liegen bei 61,7 Punkten. Die aktuelle Geschäftslage hingegen wird besser bewertet als noch vor einem halben Jahr. Sie stieg um knapp 12 Punkte auf 68,3 Punkte.

Eine Belebung lässt die weiterhin schwache Entwicklung nicht erwarten, zumal wichtige Sektoren, mit denen der

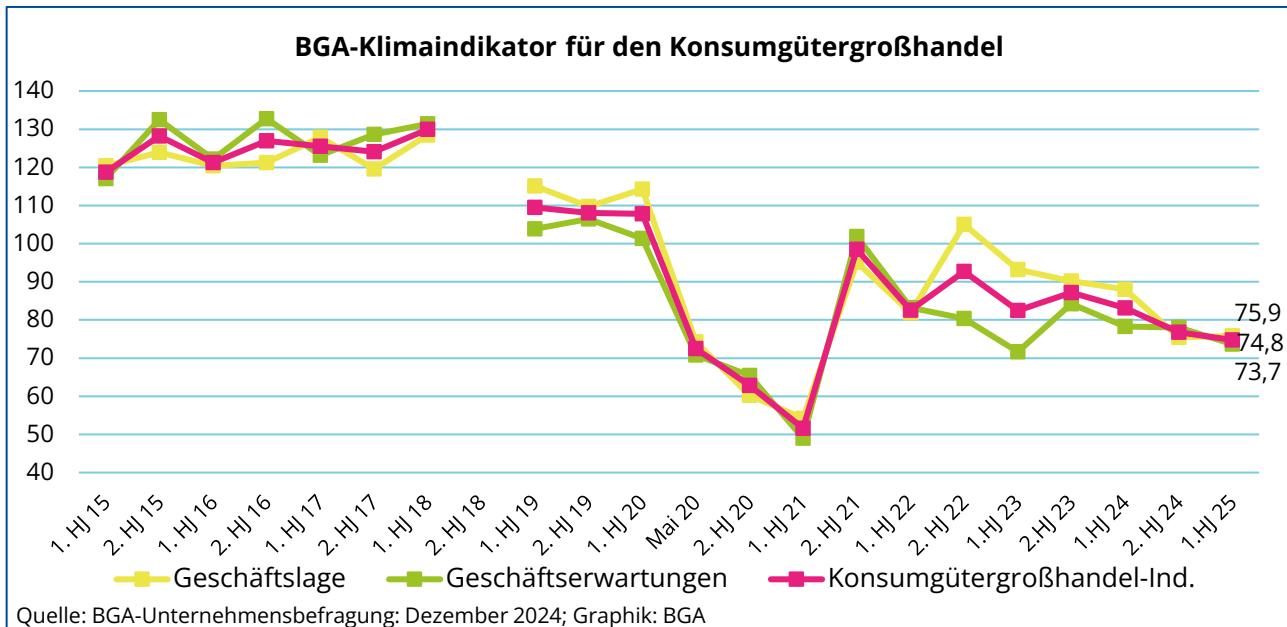
Produktionsverbindungshandel als Lieferant und Kunde verbunden ist - wie Automobil, Maschinen- und Anlagenbau, Chemie - schwächen und sich neben den geopolitischen Konflikten mit vielfältigen strukturellen Herausforderungen konfrontiert sehen. Mit Ausnahme vom April 2024 waren die Umsätze im Vorjahresvergleich sowohl nominal als auch real negativ. Insgesamt war ein Umsatzrückgang von nominal -6 Prozent und real von -3 Prozent zu verzeichnen.

Zudem fehlen klare Wachstumsimpulse, die die Entwicklung wieder beleben könnten. Der BGA geht daher von einer verhaltenen Entwicklung in der ersten Jahreshälfte 2025 aus und prognostiziert einen Gesamtjahresumsatz von etwa 858 Milliarden Euro für 2025.

konsumgütergroßhandel

Die Stimmung im Konsumgütergroßhandel bleibt volatil. Zum Jahreswechsel 2024/25 hat sie sich weiter eingetrübt und setzt damit den seit Sommer 2023 festzustellenden negativen Trend fort. Zwar wirken sich die rückläufige Inflation, Lohn- und Gehaltserhöhungen und die steuerlichen Anpassungen bei den

Verbrauchern positiv aus, allerdings bleibt das Konsumverhalten weiterhin zurückhaltend. Angesichts der schwierigen Lage im Produktionsverbindungshandel und am Bau ist der Konsumgütergroßhandel aktuell dennoch ein stabilisierender Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung.



Der BGA-Klimaindikator für den Konsumgütergroßhandel sinkt im Januar 2025 um knapp 2 Punkte auf 74,8 Punkte und bleibt damit weiterhin im deutlich pessimistischen Bereich. Trotz des erneuten Rückgangs liegt der Klimaindikator höher als in den anderen Großhandelszweigen.

Die Geschäftserwartungen haben sich noch einmal eingetrübt. Diese werden mit 73,7 Punkten um etwa 5 Punkte niedriger bewertet als noch zum Sommer 2024. Die Geschäftslage der Konsumgütergroßhändler hat sich dagegen kaum verändert und verbleibt mit 75,9 Punkten auf einem niedrigen Niveau. Die Erwartungen an die weitere Entwicklung werden damit negativer bewertet als die aktuelle Lagebewertung. Die Verbraucher bleiben angesichts der

bestehenden Unsicherheiten über die weitere Entwicklung, über Einkommen und angesichts hoher Belastungen zurückhaltend.

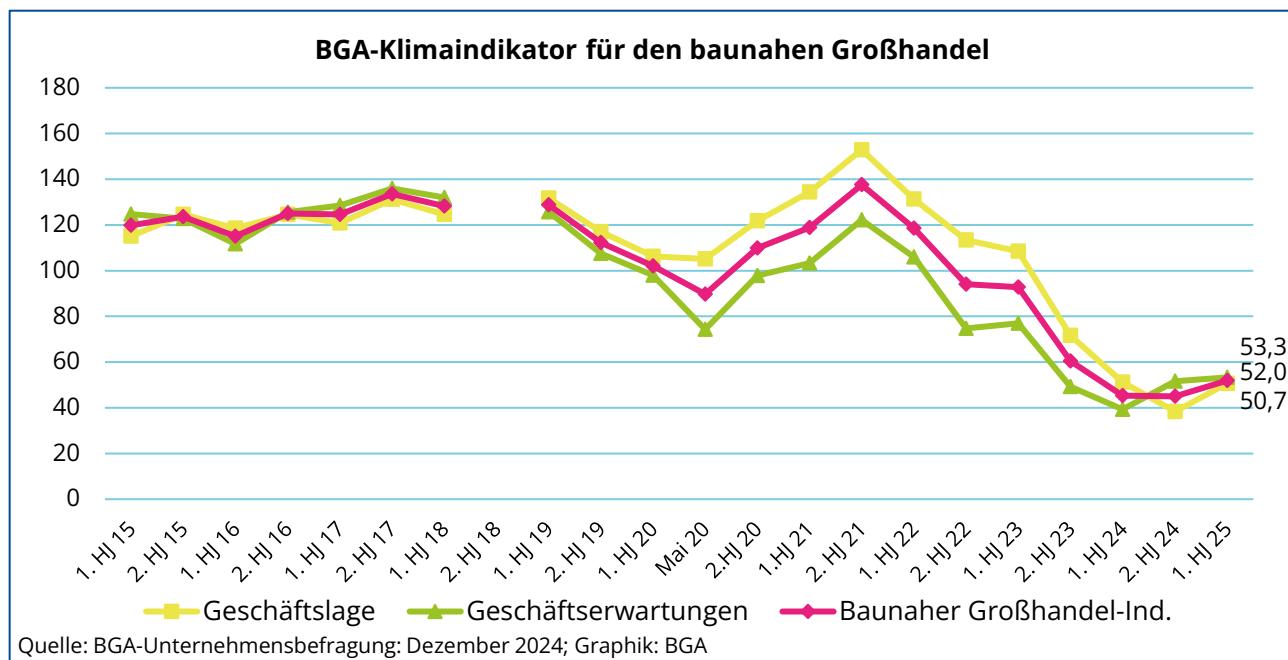
Die Entwicklung der Umsätze - real wie nominal - schwankt in den vergangenen Monaten zwischen positiven und negativen Werten. Insgesamt konnte der reale Umsatz im Produktionsverbindungshandel im Jahr 2024 allerdings um +1,3 Prozent zulegen. Die nominalen Umsätze sind mit +2,3 Prozent etwas stärker gestiegen.

Der BGA sieht keine Wachstumssignale für das kommende halbe Jahr und rechnet mit einer verhaltenen Entwicklung. Er geht von einem erneut leichten Anstieg aus und prognostiziert für 2025 einen absoluten Gesamtumsatz im Konsumgütergroßhandel in Höhe von 788 Milliarden Euro.

baunaher großhandel

Die Stimmung der Unternehmen im baunahen Großhandel hat sich nach der BGA-Konjunkturumfrage nach einem historischen Tiefstand im Sommer 2024 etwas verbessert. Ausbleibende Aufträge und steigende Kosten prägen die Stimmung im baunahen Großhandel. Die Regierungskoalition hatte sich zum Ziel gesetzt, dem hohen Bedarf an Wohnungen durch die Schaffung von jährlich 400.000 neue Wohnungen zu entsprechen. Doch die Zahl der Baufertigstellungen und Baugenehmigungen weist in die

falsche Richtung. 2023 wurden mit 294.400 Wohnungen etwa 12.000 Wohnungen weniger fertiggestellt als 2020 und die Baugenehmigungen lagen mit nur noch knapp 260.000 um 120.000 unter den 2021 genehmigten Wohnungen. Zudem liegen die erteilten Baugenehmigungen von Wohnungen seit März 2023 jeweils mit einer zweistelligen Veränderungsrate unter dem jeweiligen Vorjahresmonat und eine Besserung ist aktuell nicht in Sicht.



Hohe Baukosten und Zinsen, erhöhte Anforderungen einerseits sowie Einkommunsicherheiten und Zurückhaltung bei Bauinteressierten andererseits erschweren die Entwicklung insbesondere beim Neubau. Die geringe Bautätigkeit und eine schwache Auftragslage prägen daher die Stimmung bei den baunahen Großhändlern.

Der Klimaindikator verharrt nach der BGA-Konjunkturumfrage zum Jahreswechsel 2024/25 auf einem Wert von 52 Punkten und liegt damit zwar 7 Punkte höher als vor einem halben Jahr, aber immer noch deutlich im negativen

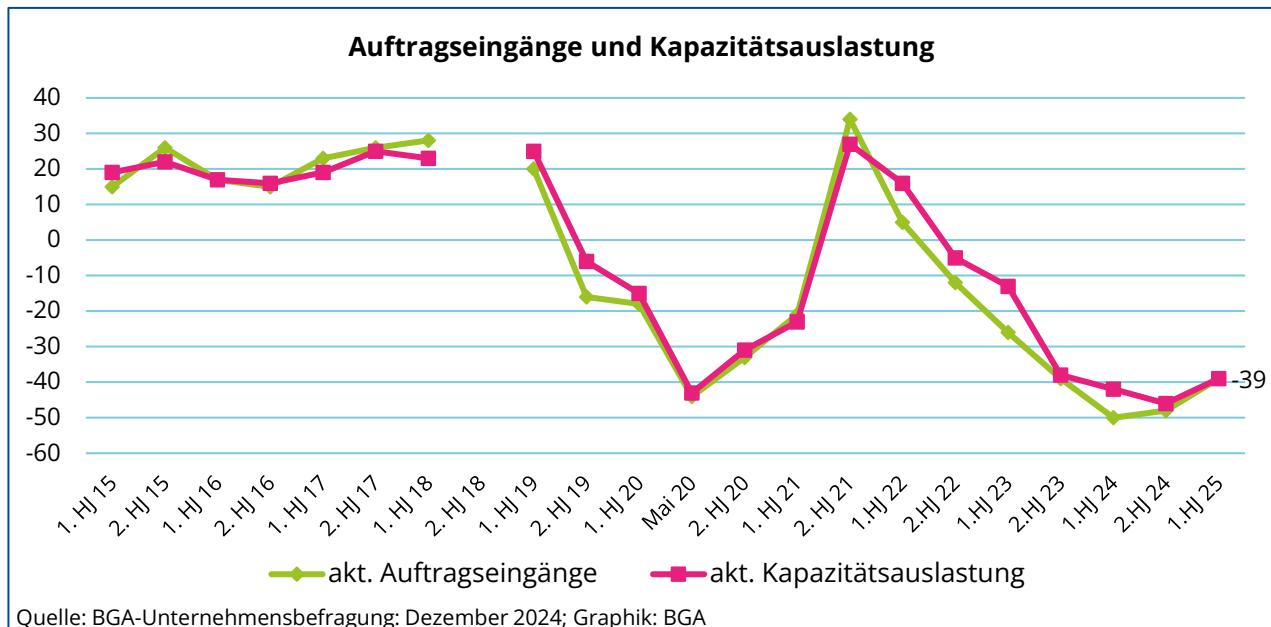
Bereich. Während die Bewertung der aktuellen Lage um etwa 12 Punkte auf 50,7 Punkte gestiegen ist, stagnieren die Erwartungen auf niedrigem Niveau mit 53,3 Punkten.

Nur wenn sich die wirtschaftliche Lage wieder verbessert und rechtliche Maßnahmen zur Erleichterung und Beschleunigung von Baumaßnahmen Wirkung zeigen, können nach Einschätzung des BGA die verschiedenen finanziellen und steuerlichen Förderanreize Wirkung entfalten und zu einer Belebung des Wohnungsbaus führen.

auftragseingänge und kapazitätsauslastung

Nach der BGA-Umfrage im Dezember 2024 bewerten die Großhändler die Entwicklung von Auftragseingängen und Kapazitätsauslastung zwar besser als noch zum Sommer 2024, aber immer noch sehr negativ. Der seit Anfang 2022 festzustellende negative Trend setzt sich damit weiter fort. Wesentliche Ursachen sind in der

schwachen Weltkonjunktur zu suchen, die vor allem die Nachfrage aus dem Ausland spürbar mindert, und den ausbleibenden binnengewirtschaftlichen Impulsen sowie den Belastungen aus den aktuellen strukturellen Herausforderungen.



Die Bewertung der Auftragseingänge hat fünf Mal in Folge nachgelassen und lag im Sommer 2024 mit -50 Punkten auf dem niedrigsten Wert seit Erstellung des BGA-Klimaindikators im Jahr 1998. Dieser Wert hat sich leicht verbessert und liegt nun bei -39 Punkten.

Ein entsprechender Trend ist in der Bewertung der Kapazitätsauslastung festzustellen. Diese nahm erstmals wieder seit dem Sommer 2021 leicht zu und liegt nun ebenfalls bei -39 Punkten.

Beide Komponenten des Großhandelsindikators bilden wichtige Größen für die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage im Großhandel und deuten auf eine weiterhin verhaltene Entwicklung im Großhandel.

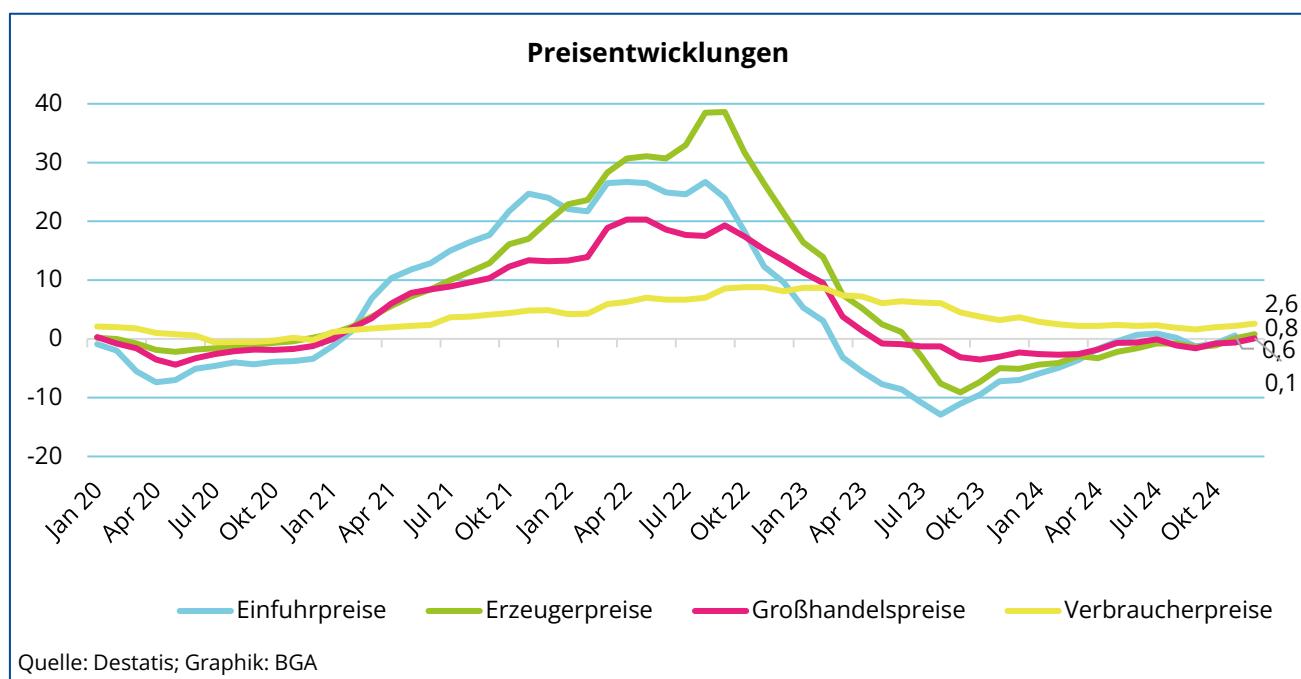
Besonders im Produktionsverbindungs handel werden Auftragseingänge und Kapazitätsauslastung mit einem Wert von -47 bzw. -48 Punkten besonders kritisch bewertet. Im baunahen Großhandel liegen mit jeweils -44 beziehungsweise -43 Punkten ähnliche Bewertungen vor. Im Konsumgütergroßhandel werden die Auftragseingänge mit -35 und die Kapazitätsauslastung mit -37 Punkten zwar weniger pessimistisch bewertet als in den beiden anderen Sektoren, jedoch liegt die Kapazitätsauslastung damit nochmals 14 Punkte niedriger als im Sommer 2024.

preisentwicklung

Die Preisentwicklung normalisiert sich. Die Inflation, die im Oktober 2022 einen Spitzenwert mit 8,8 Prozent erreichte, lag im August 2024 mit 1,9 Prozent erstmals wieder unter der Zielmarke der Europäischen Zentralbank von 2 Prozent. Seitdem pendelt sie um diese Marke und lag zuletzt im Dezember bei 2,6 Prozent. Für das Jahr 2025 geht der BGA von einer Inflation in Höhe von etwa 2 Prozent aus.

Auf den Vorstufen zeichnet sich ebenfalls eine Normalisierung ab. Mit dem Ukraine-Krieg gab es zunächst einen weiteren Anstieg der Preise. Mit der konjunkturellen Abkühlung auch infolge

des Krieges sind die Preise zwar zunächst weiter gestiegen (bis Jahreswechsel 2022/2024 bzw. Frühjahr 2023), allerdings haben die Zuwächse abgenommen. Seit Jahresbeginn bzw. Frühjahr 2023 sinken die Preise wieder (negative Entwicklung), wobei dieser Rückgang zunächst zunahm und dann seit Sommer 2023 sich wieder verlangsamte. Zum Jahreswechsel 2024/2025 zeigten sich erstmals wieder positive Entwicklungstendenzen. Die Großhandelspreise folgten dabei der Entwicklung der Erzeugerpreise und der Einfuhrpreise.



Die Erzeugerpreise stiegen im Dezember um +0,8 Prozent und liegen damit erstmals wieder seit Juni 2023 im positiven Bereich. Die Einfuhrpreise verzeichneten im November ein leichtes Plus von +0,6 Prozent. Diese waren bereits zwischen Juni und August des vergangenen Jahres leicht angestiegen, lagen 15 Monate zuvor um bis zu -13 Prozent unter Vorjahresniveau.

Die Großhandelspreise zeigen eine ähnliche Entwicklung. Sie liegen aktuell erstmals wieder seit Mai 2023 im positiven Bereich, der Anstieg

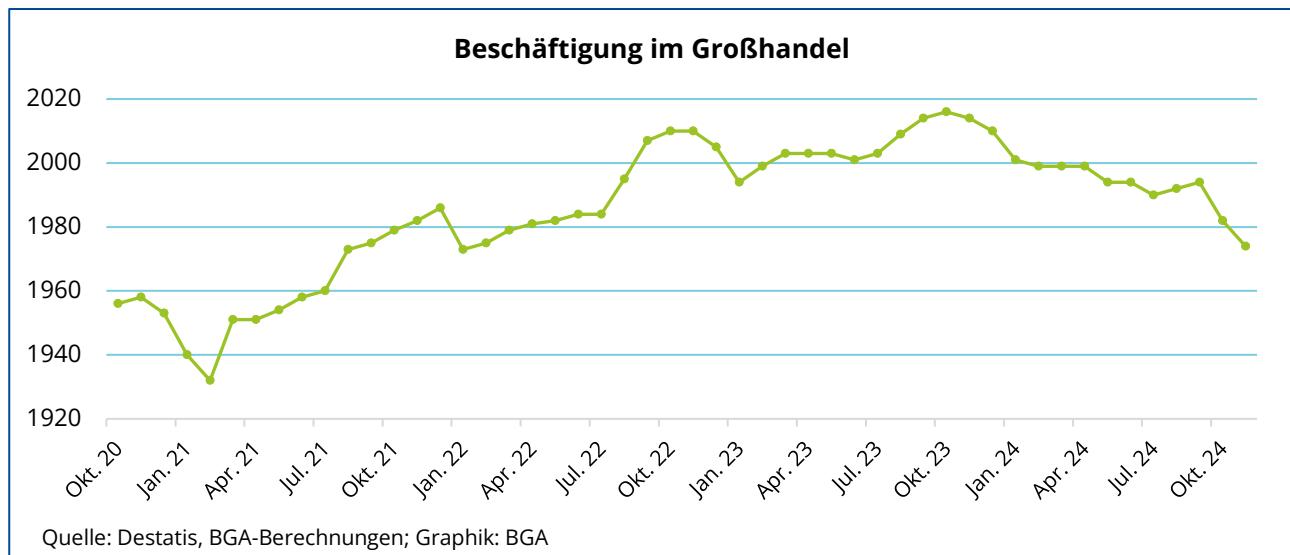
im Dezember 2024 betrug aber nur +0,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat.

Auf Grundlage der BGA-Konjunkturumfrage zum Jahreswechsel geht der BGA davon aus, dass sich diese Tendenz im Verlauf des Jahres 2025 fortsetzt. Während etwa jedes sechste Unternehmen mit fallenden Verkaufspreisen im ersten Halbjahr 2025 rechnet, erwartet dagegen jedes vierte Unternehmen steigende Verkaufspreise. 54 Prozent gehen von etwa gleichbleibenden Verkaufspreisen aus.

entwicklung der beschäftigung

Der Zenit des Beschäftigungsaufbaus im Großhandel ist überschritten. Im Oktober 2023 wurde mit 2,016 Millionen Erwerbstägigen ein neuer Rekordwert erreicht. Seit dem Jahreswechsel 2023/24 zeigt die Beschäftigung jedoch fallende Tendenz. Im Februar 2024 wurde die

2 Millionen-Marke erstmals unter- und seitdem nicht wieder überschritten. Bei nach vorläufigen Berechnungen aktuell 1,97 Millionen Beschäftigten nähert sich die Beschäftigung dem Stand von vor vier Jahren im Jahr 2021 an.



Nach der BGA-Konjunkturumfrage zum Jahreswechsel 2024/25 tendieren die Großhändler überwiegend dazu, ihre Beschäftigung nicht weiter auszubauen. Zwar rechnet etwas mehr als die Hälfte der Unternehmen im ersten Halbjahr 2025 nicht mit personellen Veränderungen. Nur in jedem siebten Unternehmen wird von einer Zunahme ausgegangen, allerdings rechnen inzwischen drei von zehn Unternehmen mit einem Abbau der Beschäftigung. Zum Jahreswechsel 2023/24 waren es nur gut zwei von zehn Unternehmen. In dieser Entwicklung spiegelt sich nach Einschätzung des BGA trotz fortbestehendem Fachkräftebedarf der zunehmende Kostendruck auf die Beschäftigung.

Die Ausbildungsabsichten bleiben dabei noch stabil, zeigen aber auch erste Signale einer steigenden Zurückhaltung. Die Absicht, jungen Menschen im Großhandel eine berufliche

Zukunft zu geben, wird von 55 Prozent der Unternehmen unterstützt, zum Jahreswechsel 2023/24 waren es noch 64 Prozent. Im Gegensatz dazu ist im gleichen Zeitraum die Zahl der Unternehmen, die keine Auszubildenden einzustellen, von 36 auf 45 Prozent gestiegen.

Über die weitere Beschäftigungsentwicklung wird die wirtschaftliche Lage in den Unternehmen und dabei auch die Kostenentwicklung mitentscheiden. Neben einem erheblichen Kostendruck aus der Beschaffung von benötigten Gütern und Rohstoffen, den erhöhten Energie- sowie Personalkosten sehen sich die Unternehmen auch mit erheblichem Investitionsbedarf in die Zukunft des Unternehmens zur Bewältigung des Strukturwandels aus Diversifizierung, Dekarbonisierung, Digitalisierung und Demografie konfrontiert.

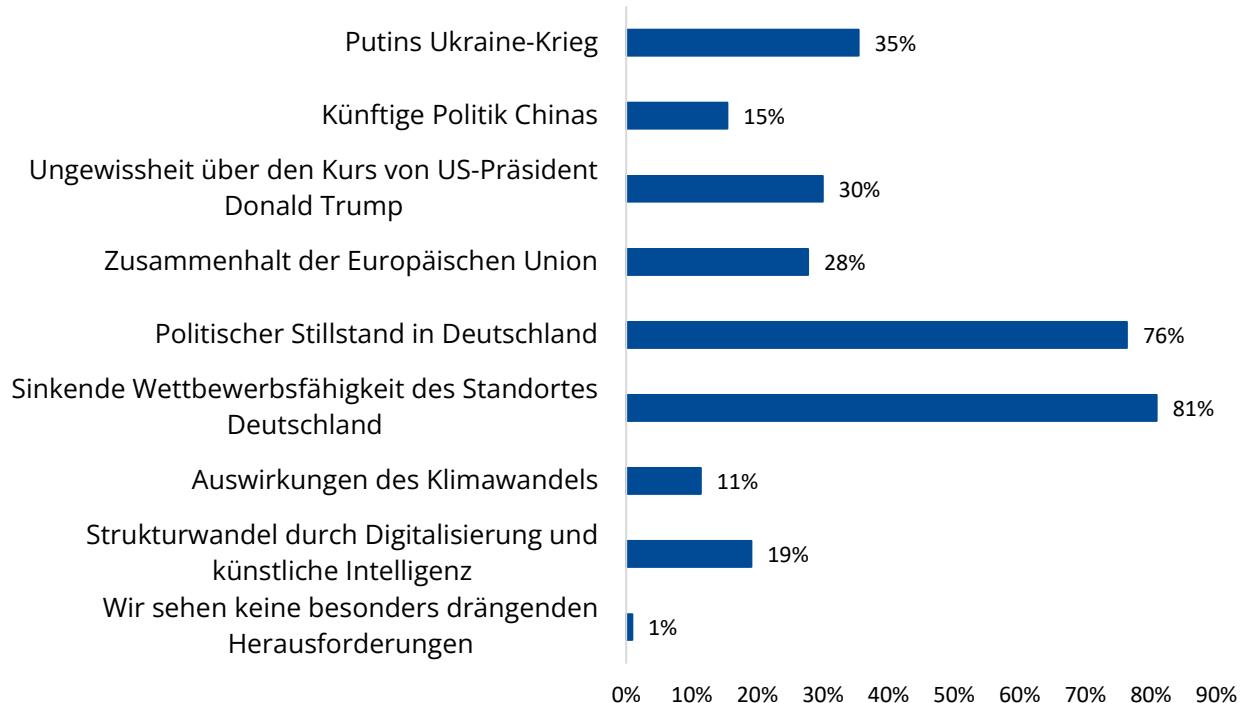
politische handlungsempfehlungen

Die Wirtschaft in Deutschland sieht sich im globalen Umfeld mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert. Darüber besteht weitestgehend Einvernehmen im Großhandel. Die Politik muss sich daher nach Auffassung des BGA mit den vielfältigen Herausforderungen mutig und entschlossen befassen, um für die Unternehmen wieder verlässliche und attraktivere Rahmenbedingungen zu schaffen.

Für die Großhändler zählen vor allem die sinkende Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland und der politische Stillstand in Deutschland zu den drängendsten

Herausforderungen. 81 Prozent der an der Konjunkturumfrage teilnehmenden Großhändler monieren die sinkende Wettbewerbsfähigkeit, 76 Prozent den politischen Stillstand als drängendste Herausforderung. Aber auch außenwirtschaftliche Themen bedrücken die Unternehmen. Dazu zählt mit 35 Prozent Putins Ukraine-Krieg, aber mit 30 Prozent auch eine Ungewissheit über den künftigen Kurs von US-Präsident Donald Trump. Die künftige Politik Chinas beschäftigt dagegen im Moment nur 15 Prozent der Großhändler.

Welches sind aus Sicht Ihres Unternehmens die drängendsten großen Herausforderungen an Deutschland?



Quelle: BGA-Unternehmensbefragung: Dezember 2024; Graphik: BGA

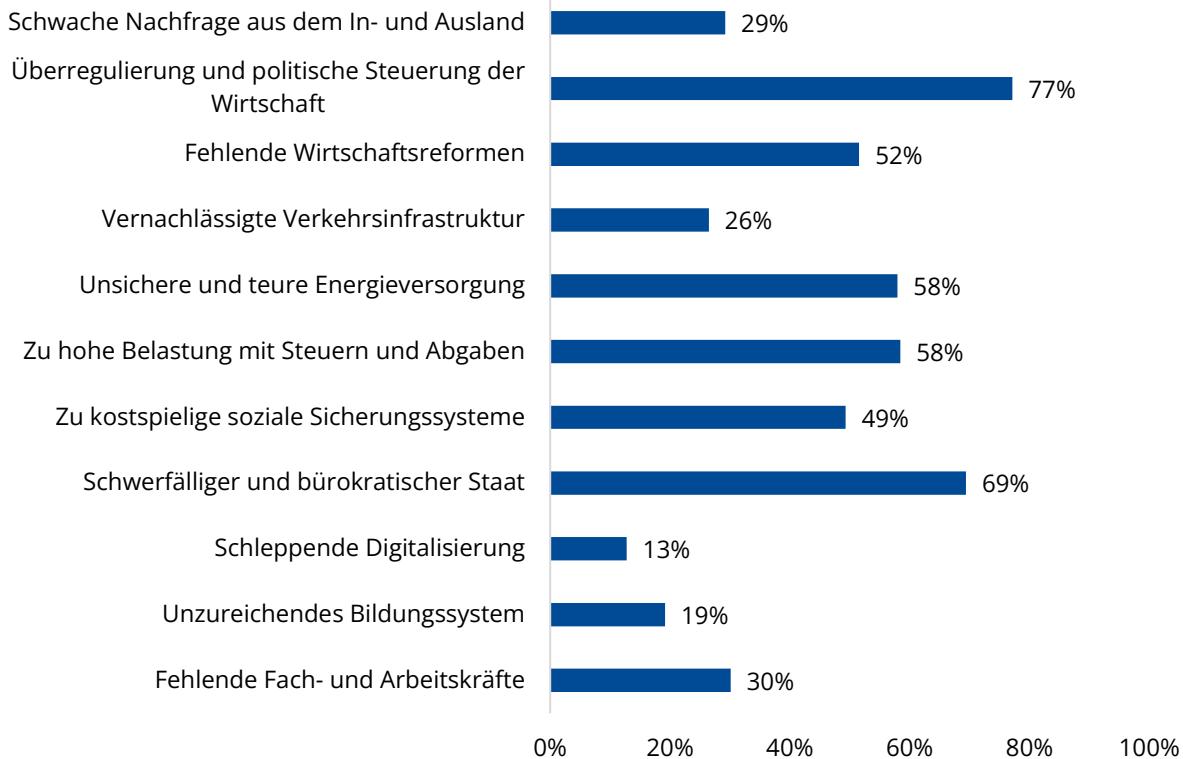
Neben einer klaren außenwirtschaftlichen Strategie wird in der Konjunkturumfrage in diesem Zusammenhang die politische Bedeutung Europas für die Großhändler deutlich. 28 Prozent sehen im Zusammenhalt Europas eine drängende Aufgabe für die Politik und bauen auf eine Stärkung der Europäischen Union, um die vielfältigen Herausforderungen zu bewältigen.

Die BGA-Konjunkturumfrage zeigt zudem deutlich, dass eine neue Bundesregierung innerwirtschaftlich das Ruder umlegen und wieder einen marktwirtschaftlichen Kurs, der auf die Verbesserung der Angebotsbedingungen am Standort Deutschland ausgerichtet ist, verfolgen muss. Überregulierung und politische Steuerung werden von fast vier von fünf

Großhändlern und ein schwerfälliger und bürokratischer Staat von mehr als zwei Dritteln als wesentliche Gründe für die schwierige wirtschaftliche Situation in Deutschland angesehen. Energiekosten, Steuern und Abgaben sowie

kostspielige soziale Sicherungssysteme sind für mehr als die Hälfte der Großhändler weitere, gravierende Gründe für die schlechte wirtschaftliche Lage.

Welches sind aus Ihrer Sicht die zentralen Gründe für die schwierige wirtschaftliche Situation in Deutschland?



Quelle: BGA-Unternehmensbefragung: Dezember 2024; Graphik: BGA

Um diese Herausforderungen zu lösen, bedarf es nach Auffassung der Großhändler eines politischen Kurses, der auf bessere Rahmenbedingungen am Standort Deutschland ausgerichtet ist und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stärkt. Mehr als die Hälfte der Großhändler adressieren damit eine klare Erwartung an die neue Bundesregierung. Dazu setzen die Unternehmen im Großhandel auf einen wirksamen Bürokratieabbau und eine Unternehmenssteuerreform für mehr Dynamik, aber auch auf Einsparungen und Prioritätensetzung bei den Staatsausgaben.

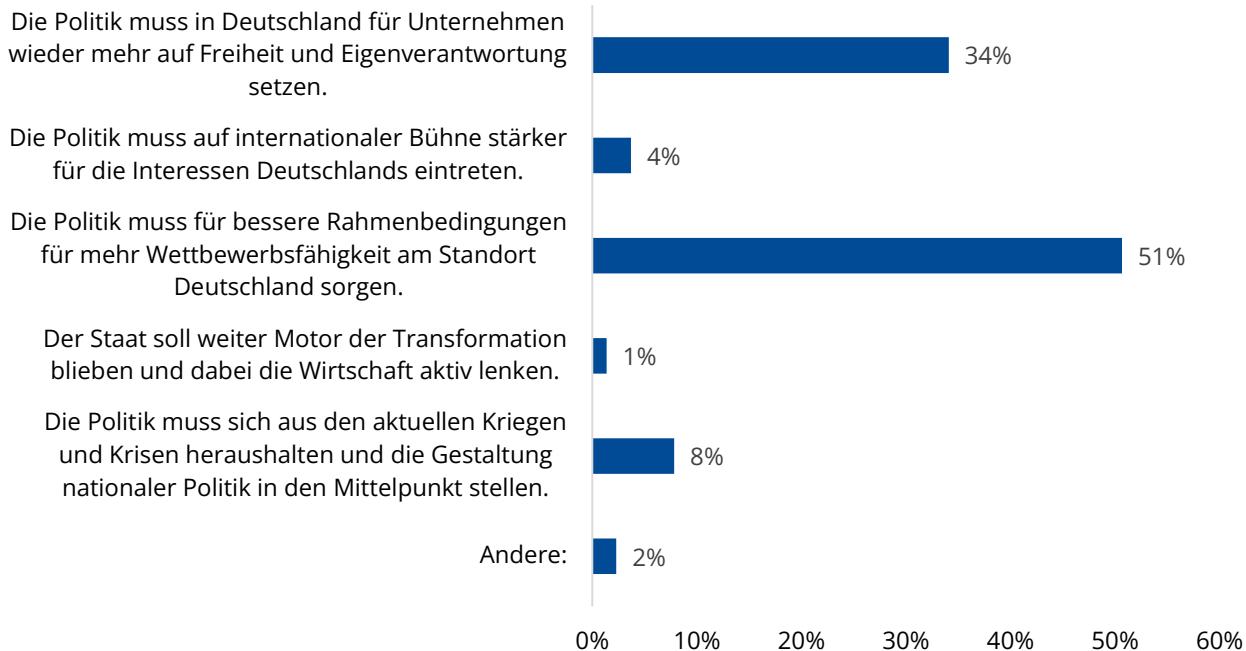
Für gut ein Drittel der an der BGA-Konjunkturumfrage teilnehmenden Großhändler geht es um mehr Freiheit und Eigenverantwortung. Die bisherige Politik der staatlichen Steuerung beispielsweise durch überbordende

Nachhaltigkeits- und Meldepflichten der Maßnahmen zur Umsetzung des Green Deals steht dem diametral entgegen. Nur ein Prozent spricht sich dafür aus, dass der Staat weiter Motor der Transformation bleiben soll. Der BGA sieht darin den Hinweis, dass der Staat privatwirtschaftliche Investitionen in grüne Technologien und Produkte erleichtern und nicht wirtschaftliche Prozesse durch überbordende Vorgaben erschwert und kleine und mittlere Unternehmen dadurch überfordert. Für drei von fünf Unternehmen gehen die gesetzlichen Anforderungen zum Schutz von Umwelt und Klima durch Lieferkettensorgfaltspflichten (CSDDD), Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD),

Entwaldungsvorordnung (EuDR) und CO2-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) weit

über das Ziel hinaus. Die Regulierung sollte daher dringend überprüft und reduziert werden.

Welche politischen Erwartungen haben Sie an die neue Bundesregierung?



Quelle: BGA-Unternehmensbefragung: Dezember 2024; Graphik: BGA

Und auch eine Selbstisolationspolitik findet in den Reihen des Groß- und Außenhandels keine Unterstützung. Der überwiegende Teil teilt nicht die Auffassung, sich aus aktuellen Kriegen und Krisen herauszuhalten zu können. Als stark außenwirtschaftlich orientierte Volkswirtschaft kann sich Deutschland nicht nur auf binnengewirtschaftliche Themen fokussieren, um Wohlstand, Wachstum und Wandel zu sichern.

Wir benötigen in erster Linie mehr private Investitionen durch verbesserte Rahmenbedingungen. Der Staat investiert bereits in Rekordhöhe. Diese Auffassung vertreten fast drei von fünf Unternehmen. Im Bundeshaushalt für 2025 waren öffentliche Investitionen in Höhe von rund 80 Milliarden Euro eingeplant. Etwas mehr als jeder vierte Unternehmer ist dagegen der Auffassung, dass wir noch mehr staatliche Investitionen in die öffentliche Infrastruktur benötigen und sie erst dann investieren, wenn die Infrastruktur vorhanden ist. Dass der Staat sogar in Vorleistung gehen soll und ein schuldenfinanziertes Investitionsprogramm in Milliardenhöhe auflegen soll, vertritt dagegen nur jeder achte Unternehmer.

Bei den öffentlichen Investitionen sollte der Staat nach der BGA-Konjunkturumfrage den Schwerpunkt auf die Energieversorgung (30 Prozent) und die Verkehrsinfrastruktur (27 Prozent) legen. Auch Investitionen in Verteidigung werden von den befragten Großhändlern als Schwerpunkt angesehen (18 Prozent). Bildung folgt mit knapp 17 Prozent. Andere Aspekte wie Betreuungsinfrastruktur oder Investitionen in eine digitale öffentliche Verwaltung folgen – jedoch mit deutlichem Abstand.

Investitionen in die Zukunft der Unternehmen sind nicht nur für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit erforderlich, sondern auch für den Erhalt der Rekordbeschäftigung in Deutschland. Mit 46,1 Millionen waren noch nie so viele Menschen in Deutschland 2024 erwerbstätig als je zuvor. Bürokratie, hohe Kosten für Energie, Mobilität, Personal sowie insbesondere die steigenden Beiträge zu den Sozialversicherungen belasten jedoch die Unternehmen im Großhandel. Fast zwei Drittel der Großhändler sprechen sich dafür aus, dass die Sozialversicherungen reformiert werden müssen, um den Gesamtsozialversicherungsbeitrag wieder dauerhaft auf

unter 40 Prozent zu senken. Fast ein weiteres Drittel erwartet, dass weitere Steigerungen der Beiträge dazu führen werden, dass die Unternehmen keine neuen Arbeitsplätze schaffen oder sogar Arbeitsplätze abgebaut werden.

Vor diesem Hintergrund hat der BGA klare Forderungen an die künftige Ausrichtung der Politik, die in den folgenden drei Schwerpunkten zusammengefasst sind:

- Der Standort Deutschland muss wieder wettbewerbsfähig werden. Das gilt für Infrastruktur, Steuern und insbesondere die Überregulierung aus Berlin und Brüssel. Nach einer Untersuchung des ifo-Instituts liegen die Bürokratiekosten für die Unternehmen bei 65 Milliarden Euro pro Jahr. Deshalb muss ein Schwerpunkt auf die Entlastung von Bürokratie, Kosten und Steuern gelegt werden und wieder attraktive Rahmenbedingungen für Investitionen in Deutschland geschaffen werden. Es braucht dazu eine Unternehmenssteuerreform, die die Belastung auf ein international konkurrenzfähiges Niveau reduziert, Strukturen modernisiert und vereinfacht. Dasselbe gilt für Energiekosten, die zu teuer sind. Und auch der Gesamtsozialversicherungsbeitrag muss wieder die Zielmarke von maximal 40 Prozent unterschreiten.
- Der Außenhandel muss wieder auf Wachstumskurs gebracht werden. Die aktuelle Deglobalisierung und neue Blockbildung sollte genutzt werden, um wieder auf die eigene Stärke zu setzen. Die Europäische Union ist einer der größten Wirtschaftsräume der Welt. Deutschland muss unter einer neuen

Bundesregierung wieder eine Führungsrolle in Europa einnehmen und gemeinsam in einem offenen und mutigen Dialog eine Strategie entwickeln, wie Europa wieder zu alter Stärke findet - ohne überbordende Regeln und Vorschriften. Und auch Zölle und nicht-tarifäre Handelshemmnisse sind dabei keine zielführende Lösung. Der Abschluss von neuen und möglichst pragmatischen Freihandelsabkommen wäre dagegen ein wichtiger Schritt.

- Die Infrastruktur in Deutschland muss zügig modernisiert und die Digitalisierung beschleunigt werden. Dazu muss vorausschauend investiert werden. Die Verkehrswende wird nur gelingen, wenn ein flächendeckendes Netz von Ladepunkten für Elektrofahrzeuge im Güterverkehr und Personenverkehr vorhanden ist. Dazu gehören auch Schnellladepunkte entlang von Autobahnen und Bundesfernstraßen. Gerade der Güterverkehr ist hierauf zwingend angewiesen, da eine zusätzliche Verlagerung des Gütertransports auf die Schiene nicht umsetzbar ist. Zudem müssen für einen CO2-freien Güterverkehr technologieoffene Ansätze verfolgt werden, die eine spätere Weiterentwicklung anhand technischer Innovationen möglich machen. Die Planungsbeschleunigung muss ohne Vorbehalte auf möglichst viele der zentralen Infrastrukturvorhaben in Deutschland angewandt werden können.

**Bundesverband Großhandel,
Außenhandel, Dienstleistungen e.V.**

Am Weidendamm 1A

10117 Berlin

Telefon: 030 59 00 99 570

Telefax: 030 59 00 99 519

Ansprechpartner:

Michael Alber

Geschäftsführer

Volkswirtschaft und Finanzen

michael.alber@bga.de

Johannes Golgath

Volkswirtschaft und Finanzen

johannes.golgath@bga.de